

Antrag

der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Edgar Naujok, Stefan Keuter, Dr. Harald Weyel, Dr. Malte Kaufmann, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Dr. Alexander Gauland, Steffen Kotré, Matthias Moosdorf, Eugen Schmidt, René Springer, Joachim Wundrak, Jürgen Braun, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Leif-Erik Holm, Steffen Janich, Dr. Michael Kaufmann, Norbert Kleinwächter und der Fraktion der AfD

Fortsetzung der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit der Dominikanischen Republik – Wirtschaftsförderung und Migrationskontrolle im karibischen Raum

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem Jahr 1953 pflegen die Bundesrepublik Deutschland und die Dominikanische Republik diplomatische Beziehungen. Das Verhältnis beider Staaten ist als vielfältig, eng und vor allem freundschaftlich zu bewerten. Trotzdem entschied die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Dr. Merkel und Bundesentwicklungsminister Dr. Müller, die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit der Dominikanischen Republik auslaufen zu lassen.

Die Dominikanische Republik erfährt gegenwärtig illegale Migrationsbewegungen aus dem Nachbarstaat Haiti in bisher unbekanntem Ausmaß. Die Situation in Haiti ist geprägt von Unsicherheit und Zerstörung durch die Naturkatastrophen der letzten zehn Jahre und einer aktuellen anhaltenden politischen Krise, welche im tödlichen Anschlag auf Präsident Jovenel Moïse ihren bisherigen Höhepunkt erfahren hat. Verstärkt durch tobende Bandenkriege und einer desaströsen Wirtschaftslage, fassen deshalb immer mehr Haitianer den Wunsch ihr Land in Richtung der Dominikanischen Republik zu verlassen.

Die illegale Migration von haitianischen Staatsbürgern über die gemeinsame Grenze stellt für die Dominikanische Republik zunehmend ein veritables Problem dar. So wandte sich der Präsident der Dominikanischen Republik, Luis Abinader, mit einem Hilferuf an die internationale Gemeinschaft – insbesondere an die USA, Kanada und die EU gerichtet – und forderte diese mit aller Dringlichkeit zum Handeln auf. Gleichzeitig kündigte die Regierung der Dominikanischen Republik an, deutlich striktere Maßnahmen bezüglich der Einwanderung aus Haiti zu ergreifen, so wurden Visa-Programme für haitianische Studenten sofort und für unbestimmte Zeit ausgesetzt und bekanntgegeben, dass der Aufenthaltsstatus von mehr als 200.000 Haitianern nochmals durch das Innenministerium überprüft werden soll.

Im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik und in der Erkenntnis über die fatalen Auswirkungen illegaler Massenmigration, ist es angezeigt, die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit fortzusetzen bzw. zu erneuern. Neue Schwerpunkte der bilateralen Zusammenarbeit sollen angesichts der angespannten Lage einerseits die Unterstützung der Dominikanischen Republik bei der Migrationskontrolle sein, andererseits soll die wirtschaftliche Entwicklung und der wirtschaftliche Austausch gefördert werden.

Die internationale Bekämpfung illegaler Migration liegt ausdrücklich im Interesse Deutschlands und erfordert eine Solidarisierung mit gleichgesinnten Partnern im Wege der internationalen Kooperation. Die Fortsetzung der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit der Dominikanischen Republik unter diesem Vorzeichen ist deshalb eine geeignete Möglichkeit mit Vorbildcharakter für eine neue und interessengerechte Art der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich mit der Regierung der Dominikanischen Republik in Konsultationen zu treten, um das Fortsetzen der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit anzubahnen,
2. wenn Einvernehmen über die Fortsetzung der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit besteht, zeitnah in Regierungsverhandlungen zu treten, um zügig Abkommen über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zu schließen,
3. als Schwerpunkte der bilateralen Zusammenarbeit einerseits die technische, personelle und finanzielle Unterstützung der Dominikanischen Republik bei der Bekämpfung der illegalen Migration aus der Republik Haiti anzubieten, andererseits den Fokus auf eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit zu legen,
4. zu prüfen, ob noch laufende Vorhaben und Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit der Dominikanischen Republik und Regionalprogramme im karibischen Raum zur Migrationskontrolle umgesteuert oder reprogrammiert werden können,
5. im Rahmen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen dem Gesuch des dominikanischen Präsidenten um Unterstützung in Haiti politisch Nachdruck zu verleihen.

Berlin, den 10. März 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion